

Ihr Positionspapier zur Entwicklung und Stärkung des ländlichen Raumes durch Schienenverkehrsinfrastruktur

Sehr geehrter Herr Flege,
sehr geehrter Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 24.07.2002 und Ihre Fragen zur Schienenverkehrsinfrastruktur im ländlichen Raum, die ich für die Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen wie folgt beantworte:

- 1) Bündnis 90 / Die Grünen unterstützen die Forderung nach einer umsteigefreien Verbindungen zwischen den Mittelzentren Deutschlands. Dank der erhöhten Bundesmittel für den Nahverkehr von nunmehr 6,75 Mrd. Euro lassen wir auch das Zugangebot in den Städten und in ländlichen Regionen wachsen. Bis 2007 ist eine jährliche Steigerung von jeweils 1,5% jährlich gesetzlich garantiert. Darüber hinaus können die Länder auch Angebote vom Typ InterRegio erhalten und fortentwickeln und eine umsteigefreie Verbindung zwischen den Mittelzentren garantieren.
- 2) Der Bund nimmt seine Gemeinwohlverpflichtung für den Schienenverkehr über die Förderung der Infrastruktur wahr. Die rot-grüne Bundesregierung hat die Bahnbaumittel um fast 70% auf nunmehr jährlich 4,6 Mrd. EUR gesteigert. Für den Nahverkehr und damit die optimale Anbindung an das eigenwirtschaftlich zu betreibenden Fernverkehrsnetz sind die Bundesländer zuständig. Diese müssen – in enger Kooperation – entscheiden, wo Orte und Regionen, deren Anbindung sich aus marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten im Fernverkehr für die Verkehrsunternehmen nicht lohnt, in das Fernverkehrsnetz integriert werden können. Dabei darf aber nicht nach den starren Regeln in der Nahverkehrsvergabe gehandelt werden. Ziel muss es sein, durch Ausschreibungswettbewerb und Anreizverträge das vorhandene Marktpotential für den Schienenfernverkehr zu heben und auf mittlere Sicht ohne weiteren Zuschussbedarf auszukommen.
- 3) Bündnis90 / Die Grünen setzen sich für ein leistungsfähiges Schienennetz ein, auf dem genügend Reserven für einen Ausbau des Angebotes im Wettbewerb vorhanden sein muss. Der Fahrplan darf nicht von der vorhandenen Infrastruktur diktiert werden, sondern die Infrastruktur muss für eine problemlose Erweiterung des Fahrplans bzw. Beherrschung von Verspätungen modernisiert und ausgebaut werden.
- 4) Der Verkehrsetat ist der größte Investitionsposten im Bundeshaushalt und schafft für viele Menschen Arbeitsplätze. Der Verkehrsetat konnte trotz Haushaltskonsolidierung unter rot-grün gegenüber der Kohl-Regierung deutlich gesteigert werden. Davon profitiert die Schiene: Die Bundesregierung hat mit der Runderneuerung der Bahn begonnen. Die Schieneninvestitionsmittel konnten gegenüber 1998 um rund 70% erhöht werden. Bündnis90/Die Grünen stehen dafür ein, dass das erreichte Niveau (einschließlich der UMTS-Mittel) auch über das Jahr 2003 hinaus erhalten bleibt.
Wer allerdings über die geplanten Steuerentlastungen hinaus gehen will, wird dies dagegen ohne empfindliche Einschnitte bei den Verkehrsinvestitionen nicht machen können.

- 5) Bündnis90/ Die Grünen werden sich dafür einsetzen, dass die Regionalnetze umfassend saniert und modernisiert werden und entsprechend ihres Anteils dafür Mittel zur Verfügung stellen. Aus unserer Sicht macht es Sinn, nach dem Prinzip der abgestuften Zuständigkeit im Straßennetz auch bei der Schiene die Überführung regionaler Teilnetze des Nahverkehrs inklusive einer Ausstattung mit entsprechenden Anteilen der Schienenbaumittel des Bundes in die Kompetenz der Länder zu ermöglichen. Der Grundsatz der Regionalisierung hat sich bei der Bestellung von Nahverkehrszügen durch die Länder bzw. deren Zweckverbände bewährt und zu deutlich mehr Nahverkehr auf der Schiene geführt. Auch bei der Infrastruktur kann die Regionalisierung von Teilnetzen in Landeseisenbahngesellschaften zur ortsnäheren, den technischen Anforderungen angepassten und damit kostengünstigen Netzbewirtschaftung beitragen.
- 6) Den ersten Eindruck von einer Stadt oder Gemeinde gewinnen Touristen und Reisende oftmals im Bahnhof. Der Bahnhof sollte daher die Visitenkarte jeder Gemeinde darstellen. In der Vergangenheit sind die Bahnhöfe – gerade im ländlichen Raum – oftmals stark vernachlässigt worden. Bündnis90/Die Grünen werden sich dafür stark machen, dass der Ankauf des Bahnhofsgebäude durch die Gemeinde erleichtert wird und dass genügend Mittel, beispielsweise über ein Sonderprogramm, für eine umfassende Sanierung und Modernisierung zu Verfügung stehen – bei voller Wahrung sozialer Belange.
- 7) Bündnis90/Die Grünen wollen den allgemeinen und kostenlosen Zugang zu umfassenden, möglichst verkehrsträgerübergreifenden Fahrgastinformationen gewährleisten. Der Deutsche Bundestag hat den diesbezüglichen rot-grünen Antrag (14/9671) im Juni 2002 verabschiedet und die Bundesregierung aufgefordert, Verbraucherschutz und Kundenrechte im öffentlichen Personenverkehr zu stärken.
- 8) Chancengleichheit und Kostenwahrheit im Verkehr ist für Bündnis90/Die Grünen ein zentraler politischer Orientierungspunkt. Mit der LKW-Maut, der Ökosteuer und der verkehrsmittelunabhängigen Entfernungspauschale ist ein Anfang gemacht:

Mit der LKW-Maut gehen wir ab 2003 einen wichtigen Schritt in Richtung Chancengleichheit zwischen den Verkehrsträgern. Die Maut ist ein Schlüsselprojekt für die angestrebte Verdoppelung des Güterverkehrs auf der Schiene bis 2015. Der LKW wird für jeden Streckenkilometer durchschnittlich 15 Cent entrichten müssen. Dies ist fast 20 Mal mehr als bei der bisherigen Jahrevignette. Die Einnahmen werden auch für den Ausbau des Schienennetzes verwendet.

Bei der Ökosteuer gilt für den öffentlichen Schienenverkehr von Beginn an nur der halbe Satz. Damit ist jährlich der relative Preisvorteil gestiegen, so dass auch der ökologische Vorteil im Ansatz abgebildet wird.

Mit der verkehrsmittelunabhängigen Entfernungspauschale haben wir den den mehr Kilometergeld verschafft, die mit Bus, Bahn oder Rad zur Arbeit fahren. Die einseitige Bevorzugung des Autos haben wir beendet.

Für die kommende Wahlperiode haben wir uns zum Ziel gesetzt, die Mehrwertsteuer auf Fahrkarten in Schienenfernverkehr zu halbieren. Auf EU-

Ebene unterstützen die Einführung einer allgemeinen Energiesteuer – insbesondere die Besteuerung von Kerosin und die Option für eine Erweiterung der LKW-Maut auf allen Straßen, um die Wettbewerbsbedingungen für die Schiene zu verbessern.

- 9) Mit der Umsetzung der Task-Force Empfehlungen für einen diskriminierungsfreien Zugang zum Bahnnetz ist eine umfangreiche Novellierung der Bahngesetzgebung verbunden. In diesem Zusammenhang werden wir die rechtlichen Rahmenbedingungen auch im Gütertransport einer kritischen Prüfung unterziehen. Wichtig ist eine Harmonisierung der Vorschriften auf EU-Ebene. Bündnis90/Die Grünen unterstützen die Einrichtung einer europäischen Eisenbahnagentur mit dem Ziel einer weitestgehenden technischen und gesetzgeberischen Harmonisierung im europäischen Eisenbahnverkehr.

Mit freundlichen Grüßen
Albert Schmidt